

Kommunistisches Aktionsbündnis Dresden
Pressesprecher: Gerd Hommel
01239 Dresden, Dohnaer Platz 9

**An den Bundespräsidenten
Herr Frank-Walter Steinmeier**

**An die Bundeskanzlerin
Frau Dr. Angela Merkel**

Protestnote

Am 7. Februar 2019 erörterte der Koordinierungsrat des Kommunistischen Aktionsbündnisses Dresden, Bündnis von acht regionalen sozialistischen und kommunistischen Partei- und Vereinsstrukturen, die Entwicklungen in der Bolivarischen Republik Venezuela im Zusammenhang der erkennbaren Bedrohung des Friedens in mehreren Regionen der Erde.

Die Anwesenden nahmen zur Kenntnis:

„Kanzlerin #Merkel zu #Venezuela: Juan Guaidó ist aus deutscher Sicht der legitime Interimspräsident für die Aufgabe, einen Wahlprozess zu initiieren. Wir hoffen, dass sich dieser Prozess möglichst kurz und friedlich gestaltet.“

SWR, DIE ZEIT, Welt u.a.

„Der selbst ernannte venezolanische Interimspräsident Juan Guaidó hat sich bei der Bundesregierung für die Unterstützung im Machtkampf mit Staatschef Nicolás Maduro bedankt. „Wir bedanken uns für die Anerkennung der Bemühungen der Nationalversammlung und des venezolanischen Volkes, den Rückhalt für die Demokratie und die Unterstützung der humanitären Hilfe für unser Land“, schrieb er am Montag auf Twitter.“

Wallstreet online, ZDF, dpa u.a.

Es ist unstrittig, dass diese Erklärung für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland wie für die BRD als Völkerrechtssubjekt eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Souveränen Bolivarischen Republik Venezuela darstellt und dem Interventionsverbot der UN-Charta (Art. 2 Ziff. 7) unterliegt.

Juan Guaidó's Selbsternennung zum „Interimspräsidenten“ verstößt gegen die Verfassung Venezuelas. Das wissen Sie.

Wir verurteilen Ihre Parteinahme, Frau Dr. Merkel, als schwerwiegenden Verstoß gegen das Völkerrecht und fordern Sie dazu zu einer öffentlichen Erklärung heraus.

Es befremdet, dass der Bundespräsident zu dem Verstoß gegen das Völkerrecht sich nicht öffentlich erklärt. Wir werden unseren Teil dazu beitragen, dass die Öffentlichkeit über den außenpolitischen Skandal aufgeklärt wird.

Im Auftrage des Bündnisses KAD
Gez. Gerd Hommel

Dresden, 09.02.2019